

02.05.2024

# Beschlussempfehlung und Bericht

## des Hauptausschusses

zu dem Antrag der Landesregierung  
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gemäß Artikel 66 Satz 2  
der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen  
Drucksache 18/8874

2. Lesung

**Zweiter Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zwischen dem Freistaat Thüringen und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Zugehörigkeit der Steuerberater und Steuerberaterinnen des Freistaats Thüringen zum Versorgungswerk der Steuerberater im Land Nordrhein-Westfalen (Zweiter Änderungsstaatsvertrag zur Versorgung der Steuerberater in Thüringen)**

**Berichterstatter**

Abgeordneter Klaus Vossemer

## Beschlussempfehlung

Dem Zweiten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zwischen dem Freistaat Thüringen und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Zugehörigkeit der Steuerberater und Steuerberaterinnen des Freistaats Thüringen zum Versorgungswerk der Steuerberater im Land Nordrhein-Westfalen (Zweiter Änderungsstaatsvertrag zur Versorgung der Steuerberater in Thüringen) wird zugestimmt; dem Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu dem Staatsvertrag gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung für das Land Nordrhein-Westfalen - Drucksache 18/8874- wird entsprochen.

Datum des Originals: 02.05.2024/Ausgegeben: 02.05.2024



## **Bericht**

### **A Allgemeines**

Der Beratungsgegenstand, Drucksache 18/8874, wurde durch das Plenum am 24. April 2024 nach der 1. Lesung zur federführenden Beratung an den Hauptausschuss sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Mitberatung überwiesen.

### **B Beratung**

Der Hauptausschuss hat den Änderungsstaatsvertrag in gemeinsamer Sitzung mit dem Haushalts- und Finanzausschuss zur Beratung aufgerufen. Wortmeldungen ergaben sich nicht.

Im mitberatenden Haushalts- und Finanzausschuss wurde dem Staatsvertrag einstimmig, mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der AfD zugestimmt.

Im Hauptausschuss wurde dem Staatsvertrag anschließend ebenso einstimmig, mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der AfD zugestimmt.

### **C Ergebnis**

Der federführende Hauptausschuss empfiehlt, dem Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zum Staatsvertrag gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung zu entsprechen.

Klaus Vossemer  
Vorsitzender